

NEUES G9-ABITUR

Abitur **MEHR ERFAHREN**

Geschichte

Gymnasium

Bayern

Das musst du können:

STARK

Inhalt

Die Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft

EA	1	Die Ursachen der Französischen Revolution	1
	1.1	Soziale Ungleichheit in der Ständegesellschaft	1
	1.2	Krisen am Ende des 18. Jahrhunderts	1
	1.3	Die Ideen der Aufklärung	2
EA	2	Die Überwindung des Ancien Régime	2
	2.1	Der Beginn der Revolution	2
	2.2	Von der Radikalisierung zum Aufstieg Napoleons	3
	2.3	Wahrnehmung der Revolution durch die Zeitgenossen	3
	3	„Revolution von oben“ in Deutschland	4
	3.1	Die Neugestaltung Deutschlands durch Napoleon	4
	3.2	Reformen in den Rheinbundstaaten	4
	3.3	Reformen in Preußen	5
	4	Politische und soziale Entwicklungen 1815–1848	5
	4.1	Wiener Kongress und Deutscher Bund	5
	4.2	Soziale Gruppen und politische Positionen	6
	4.3	Ereignisse im Vormärz	7
	5	Die Revolution 1848/49 im Deutschen Bund	8
	5.1	Die Ursachen der Märzrevolution	8
	5.2	Die Märzereignisse in Preußen und Bayern	9
	5.3	Die Paulskirche – das erste gesamtdeutsche Parlament	9
	5.4	Die Reichsverfassung von 1849	10
	6	1848/49 als europäisches Revolutionsjahr	11
	7	Die Revolution 1848/49 – eine Bilanz	11
	7.1	Der Sieg der Gegenrevolution	11
	7.2	Bewertung der Revolution	11

Modernisierung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

EA	1	Moderne und Modernisierung	13
	1.1	Frühe Modernisierungstheorien	13
	1.2	Modernisierungstheorie und Geschichtswissenschaft	13
	2	Das politische System des Kaiserreichs	14
	2.1	Das Kaiserreich als konstitutionelle Monarchie	14
	2.2	Parteien und Verbände im Kaiserreich	15
	3	Leben in der Industriegesellschaft	16
	3.1	Von der Stände- zur Klassengesellschaft	16

Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

in diesem handlichen Skript finden Sie alle wesentlichen Inhalte, die Sie im Fach **Geschichte** im Abitur beherrschen müssen. Es führt Sie durch den **prüfungsrelevanten Stoff**, den das bayerische Kultusministerium in seinen inhaltlichen Vorgaben für das Abitur festgelegt hat. Durch seinen klar strukturierten Aufbau eignet sich dieses Skript besonders zur Auffrischung und Wiederholung des Prüfungsstoffs kurz vor dem Abitur:

- Über das **Inhaltsverzeichnis** finden Sie schnell das gesuchte Kapitel. Die Kapitel, die nur für das **erhöhte Anforderungsniveau** oder als **Vertiefungsmodul** vorgesehen sind, sind im Inhaltsverzeichnis und im Innenteil mit folgenden Symbolen gekennzeichnet:  
- Zahlreiche **Grafiken** veranschaulichen den jeweiligen Lerninhalt.
- Komplexe Zusammenhänge werden in **tabellarischen Übersichten** anschaulich dargestellt.
- Wichtiges wird durch **Fettdruck** hervorgehoben.

Viel Erfolg beim Lernen mit diesem Band!



Matthias Ehm

Die Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft

1 Die Ursachen der Französischen Revolution

1.1 Soziale Ungleichheit in der Ständegesellschaft

Das französische **Ancien Régime** war vom **Absolutismus** geprägt. Der Monarch sah sich als von Gott legitimiert an und beanspruchte, die Staatsgewalt souverän auszuüben. In sozialer Hinsicht herrschte seit dem Mittelalter die **Ständegesellschaft** vor. Die beiden ersten Stände (Klerus, Adel), die insgesamt nur zwei Prozent der Bevölkerung ausmachten, genossen eine Vielzahl an **Privilegien**. Dazu zählten eine eigene Gerichtsbarkeit und weitgehende Steuerbefreiung. Der Adel hatte zudem ein Anrecht auf Ämter in Heer und Verwaltung. Der **Dritte Stand** stellte hingegen die belastete Mehrheit der Bevölkerung dar:

Bauern auf dem Land	Bürger in den Städten
• Große Mehrheit der Bevölkerung • Abgaben- und Dienstpflicht • Leistung des Kirchenzehnten	• Tagelöhner, Lohnempfänger, Kleinbürger • Angehörige der freien Berufe, das Besitzbürgertum (Bourgeoisie)
Keine Vorrechte, aber hohe Steuerlast	

1.2 Krisen am Ende des 18. Jahrhunderts

- Die hohen Kosten für die prunkvolle Hofhaltung in Versailles sowie hohe Militärausgaben (z. B. für den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg) ließen die **Staatsverschuldung** ansteigen.
- Ein erheblicher Teil der Staatseinnahmen musste für den Schuldendienst aufgewendet werden, sodass der **Staatsbankrott drohte**.
- Die Lage für den Dritten Stand verschärfte sich zusätzlich durch **Missernten, Hungersnöte** und **steigende Lebenshaltungskosten**.
- Versuche der Krone, die Steuereinnahmen zu erhöhen, scheiterten am Widerstand der privilegierten Stände. Daher musste der König 1788 die **Generalstände** (Versammlung der drei Stände) **einberufen**, die 1614 zum bisher letzten Mal zusammengetreten waren.

4 Die Novemberrevolution 1918/19

4.1 Ursachen und Verlauf der Revolution

Ursachen
• Aussichtslose militärische Lage und schlechte Versorgungslage • Auflösung der „Burgfriedens“ der Parteien, wachsende Kritik an der Monarchie • Wunsch nach Frieden, Massenproteste und Streiks, Zusammenwirken von unzufriedenen Soldaten und organisierten Industriearbeitern
Verlauf
• Übergreifen eines Matrosenaufstands auf andere Städte des Reichs, Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten • Erzwungene Abdankung des Kaisers und Übertragung der Regierungsgewalt an Friedrich Ebert (MSPD) • Provisorische Regierung aus gemäßigten und linken Sozialisten (MSPD/USPD)

4.2 Die gesplattene Arbeiterbewegung

Schon während des Krieges splattete sich die Arbeiterbewegung in einen gemäßigten und einen radikalen Teil. Dies erwies sich während der gesamten Weimarer Zeit als Belastung.

	geordneter Übergang zur parlamentarischen Demokratie	revolutionäre Umgestaltung / Rätedemokratie
Vertreter	Gemäßigte Sozialdemokraten um Ebert (MSPD)	Radikale Sozialisten (USPD, Spartakusbund, ab 1919 KPD)
Entscheidungen	Gewählte Abgeordnete im Parlament (freies Mandat)	Alle Bürger, Delegierte in Räten (imperatives Mandat)
Interessenausgleich	• Interessengruppen und Parteien, Willensbildung im Parlament • Mehrheitsentscheidung und Minderheitenschutz	• Permanente öffentliche Diskussion, Abstimmung • Übermittlung der Mehrheitsmeinung in den nächsthöheren Rat
Machtkontrolle	Gewaltenteilung, Opposition, freie Medien	Selbstkontrolle

4.3 Entscheidung für das parlamentarische System

Auf dem Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte entschied sich die **Mehrheit für eine parlamentarische Demokratie**, was schließlich zu den **Wahlen zur Nationalversammlung** im Januar 1919 führte. Allerdings wurde der demokratische Neuanfang durch das **Bündnis**

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik

1 Gründung, Verfassung und Verfassungswirklichkeit

1.1 „Doppelte Staatsgründung“ im Kalten Krieg

Das Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition

Ziel der Alliierten: gemeinsame Schaffung einer stabilen Nachkriegsordnung (→ u. a. **Gründung der UNO** 1945); Aufteilung des besiegten Deutschlands in **vier Besatzungszonen** (1945) unter Militärverwaltung der Siegermächte



Zunehmende Gegensätze zwischen den Westmächten und der Sowjetunion: sowjetische Expansion in Ostmittel- und Südosteuropa → **Eindämmungspolitik** des Westens (Truman-Doktrin 1947, Marshall-Plan 1948, Gründung der Nato 1949)



Blockbildung und Beginn des Kalten Krieges
→ kein gemeinsames Handeln der Siegermächte in Deutschland mehr möglich

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland

- Im Dezember 1946 Vereinbarung einer amerikanisch-britischen **Bi-zone** mit einem Wirtschaftsrat, 1949 Erweiterung um die französische Zone zur **Trizone**: einheitliches Wirtschaftsgebiet in den Westzonen mit **freien Wahlen** und **Marktwirtschaft**
- **Währungsreform** am 20. Juni 1948; im Juli 1948 Auftrag der Westmächte an die Ministerpräsidenten, eine gesamtstaatliche Verfassung zu erarbeiten
- Staatsgründung am **23. Mai 1949**: das **Grundgesetz** tritt in Kraft

Die Gründung der DDR

- 1946: **Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED** (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands)
- Umformung der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) durch die UdSSR zu einem eigenen Staat unter Vorherrschaft der SED, **Enteignungen** und Einführung der **Planwirtschaft**
- Gründung der DDR am 7. Oktober 1949

Deutsche Frage

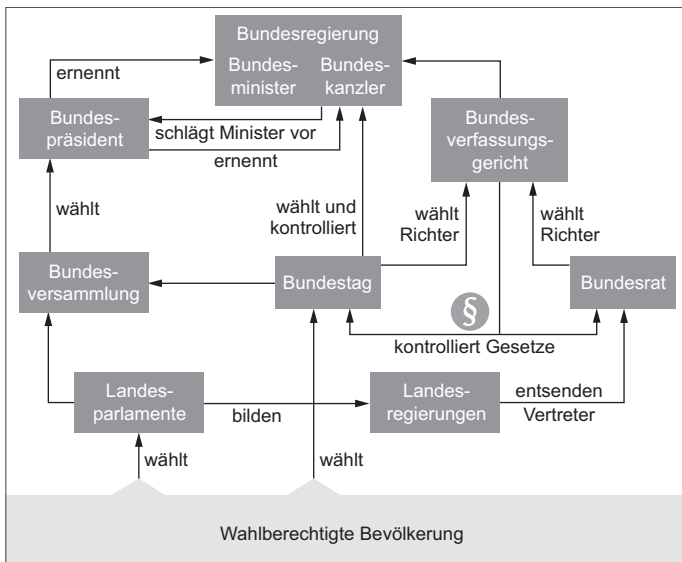
Durch die **politische und wirtschaftliche Systemkonkurrenz** beider deutscher Staaten und wegen des Kalten Krieges schien eine Wiedervereinigung schwer vorstellbar. Lange betrachteten sich beide Staaten als legitime Vertretung aller Deutschen, was im Westen zum in der Hallstein-Doktrin formulierten **Alleinvertretungsanspruch** führte. Dies änderte sich mit der neuen Ostpolitik unter Willy Brandt, die auf „**Wandel durch Annäherung**“ statt auf Abgrenzung setzte.

1.2 Verfassung und Verfassungswirklichkeit

Das Grundgesetz – „Lehren aus Weimar“

Die zweite parlamentarische Demokratie in Deutschland sollte eine **wehrhafte Demokratie** sein, daher wollten die Verfasser und Verfasserinnen des Grundgesetzes die Schwächen der Weimarer Verfassung vermeiden.

Überblick über das politische System der Bundesrepublik



Bürgerschaftlicher Republikanismus

- Herrschaft durch die Bürger
- **Selbstverwaltung** durch Bürgermeister, Stadtrat und Beamte auch in den Freien Städten, die de jure einem Landesherrn unterstellt waren
- Orientierung politischer Entscheidungen am **Gemeinwohl**, Verantwortung der Bürger für das Gemeinwohl (**Bürgersinn**)
- Aktive Mitgestaltung der Politik oft der Oberschicht (Patriziat) vorbehalten, **Mitwirkungsrechte** nur für Minderheit mit **Bürgerrecht**
- Auseinandersetzungen zwischen Patriziern und Handwerkern bezüglich Partizipationsmöglichkeiten (**Zunftkämpfe**), Zunftverfassungen

4 Wandel des politischen Denkens in der Zeit der Aufklärung

4.1 Optimistisches Menschenbild und Menschenrechte

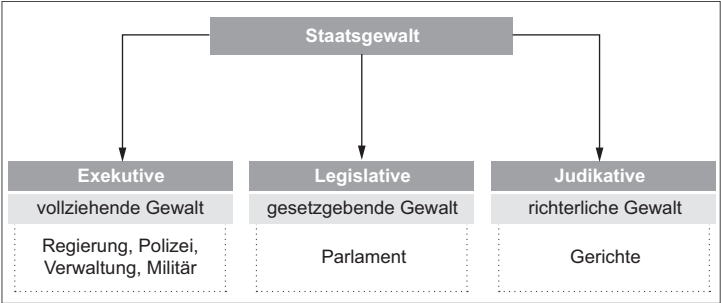
Vernunft und Kritik waren Schlüsselbegriffe einer Bewegung, die von der Möglichkeit der Vervollkommenung des Menschen, aber auch der Veränderbarkeit und Verbesserungsfähigkeit der politisch-sozialen Ordnung ausging. Folgenreich war zudem der Gedanke, allen Menschen stünden von Natur aus bestimmte Rechte zu, die **Menschenrechte**. Die Menschenrechte ließen sich also „vernünftig“ aus dem Naturrecht ableiten. Dazu traten **Bürgerrechte**, die nur von den Bürgern eines Landes wahrgenommen werden können. Beide werden unter dem Begriff **Grundrechte** zusammengefasst. Im Zuge der revolutionären Umbrüche des 18. Jahrhunderts fanden sie z. B. Eingang in die Präambel der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776) und in die französische Erklärung der Menschenrechte (1789).

Naturrecht und die Idee des Gesellschaftsvertrags

Naturrecht	➔ Gesellschaftsvertrag
• Universell gültig • Dem gesetzten (positiven) Recht übergeordnet • Recht auf persönliche Freiheit, Unversehrtheit, freie Entfaltung und Eigentum für alle Menschen	• Freiwilliger, gedachter Zusammenschluss der Menschen • Formierung von Gemeinschaften zur Sicherung der natürlichen Rechte • Abgabe von Rechten an Staat bzw. Regierung

Kontrolle der Staatsgewalt

Die Teilung der Staatsgewalt sollte **Machtmissbrauch verhindern** und die **Freiheiten der Bürger** sichern. Die Kompetenzen der einzelnen Organe und die Rechte der Bürger sollten in **Verfassungen** niedergeschrieben werden, um Rechtssicherheit zu gewährleisten.

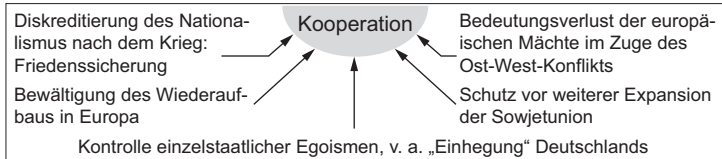


4.2 Konkrete Ansätze aufklärerischen Denkens

	Problemstellung	Lösung
John Locke (1632–1704)	Im Naturzustand Gefährdung von Freiheit, Gleichheit und Eigentum durch unvernünftige Menschen	Gesellschaftsvertrag und Gemeinschaftsbildung mit Gewaltenteilung; wichtig: Widerstandsrecht bei Machtmissbrauch
Charles de Montesquieu (1689–1755)	Eingeschränkte Freiheit des Menschen und Machtmissbrauch durch Herrscher, absolute Monarchie als Gewaltherrschaft	Aufteilung der Staatsgewalt auf drei Gewalten, die sich gegenseitig kontrollieren Widerstandsrecht bei Machtmissbrauch
Jean-Jacques Rousseau (1712–1778)	Gefährdung des ursprünglich freien und autark lebenden Menschen durch die Zivilisation Unfreiheit durch Eigentum und gesellschaftliche Unterschiede	Gesellschaftsvertrag zur Wiederherstellung der Freiheit Volksouveränität ohne Gewaltenteilung Orientierung am angenommenen „Gemeinwillen“, direkte statt repräsentativer Demokratie

6 Überwindung nationalistischer Konfrontation im Zuge der europäischen Einigung

6.1 Motive für die europäische Einigung



6.2 Der europäische Einigungsprozess

Wichtige Etappen der europäischen Einigung bis 1967

Wirtschaftlich-politisch	Militärisch
• 1949: Gründung des Europarats • 1951: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl: gemeinsame Kontrolle in einem kriegswichtigen Sektor • 1958 in Kraft getreten: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG): gemeinsame Zoll-, Agrar-, Verkehrs- und Handelspolitik; Euratom • 1967: Zusammenschluss zur Europäischen Gemeinschaft (EG)	• 1949: Gründung der NATO („Nordatlantikpakt“) als westliches Verteidigungsbündnis unter US-Führung • 1954: Scheitern des Plans zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) • 1954 Gründung der Westeuropäischen Union: nationale Truppenverbände unter Oberbefehl der NATO, Betritt der Bundesrepublik zur NATO 1955

Vertiefung des Einigungsprozesses

Vertrag von Maastricht (1993 in Kraft getreten):

- **Schaffung der Europäischen Union (EU)** mit den drei Säulen Europäische Gemeinschaften, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres
- **Grundlage** für eine Wirtschafts- und Währungsunion und den Euro, Stärkung des EU-Parlaments, Einführung der Unionsbürgerschaft

Vertrag von Lissabon (2009 in Kraft getreten):

Der Vertrag kam vor dem Hintergrund einer stark angewachsenen Mitgliederzahl zustande. **Ziel** war es, ein transparenteres, demokratischeres und effizienteres Europa mit den Grundrechten als Basis zu



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de
info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH
ist urheberrechtlich international geschützt.
Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung
des Rechteinhabers in irgendeiner Form
verwertet werden.

STARK